Herr Prof. Dr. Gellenbeck stellte eine Möglichkeit zur Gleichbehandlung von Gewerbebetrieben gegenüber der Privathaushalte vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Auf Nachfrage des Abg. Dieckmann über die Höhe des Bemessungswertes für die Verwaltung, dessen Wert auf eine glatte Zahl aufgerundet worden sei, erläuterte Herr Prof. Dr. Gellenbeck die Vorgehensweise zur Aufstellung der Bemessungswerte (hier: Grundpreis und Arbeitspreis). Der Ausschuss beschliesse letztlich die Höhe der angesetzten Werte für eine Bemessungsgrenze, die sich an die durch eine Analyse im Rhein-Sieg-Kreis aufgestellten Werte orientieren können. Dabei wird sinnvoller Weise gerundet, um glatte Werte für die Berechnungen zu erhalten.

SkB Dr. Böhm äußerte Bedenken in Bezug auf die Erhebung der Veranlagungsgrundlage. Herr Prof. Dr. Gellenbeck stellte dar, dass es grundsätzlich um Gebührengerechtigkeit gehe. Abfallvermeidung werde weiter unterstützt, da kleinere Behälter und seltenere Entsorgung nach wie vor für den Gewerbebetrieb günstiger seien. Das Heranziehen der Bürofläche als Bemessungswert für den Grundpreis stelle das Äquivalent zum Bemessungswert für Haushalte dar, die nach genutzten Wohneinheiten veranlagt werden. Größere Gewerbebetriebe müssten danach ebenso wie z. B. ein Mehrfamilienhaus mehrfach den Grundpreis bezahlen. Beim Einwohnergleichwert (EGW) als Bemessungsgrundlage werde die Menge des anfallenden Abfalls erfasst.

SkB Dr. Böhm fragte weiter an, wie sich die Grundlage der Arbeitsgebühr ergebe. Herr Prof. Dr. Gellenbeck erklärte, dass dazu statistische Erhebungen für die unterschiedlichen Branchen spezifisch für den Rhein-Sieg-Kreis erhoben werden müssten.

Abg. Josten-Schneider befand die Grenzsetzung auf 200 m² Bürofläche für die Grundgebühr als nicht nützlich, da sie dadurch ungerechte Belastungen für einzelne Betriebe sehe. Herr Prof. Dr. Gellenbeck stellte dar, dass trotz aller Mülltrennung immer noch erhebliche Mengen Restmüll anfallen. Dafür halte auch der Rhein-Sieg-Kreis bestimmte Ressourcen an Arbeitskräften, Abfallentsorgungsanlagen etc. vor. Diese Bereitstellung verursache laufende Kosten, die neben den Privathaushalten auch von Gewerbebetrieben zu tragen seien. Bei der derzeit praktizierten Veranlagung würden Privathaushalte stark benachteiligt.

Umweltdezernent Schwarz bekräftigte, dass zunächst lediglich ein Prüfauftrag erteilt werden solle. Eine vertiefte Diskussion sei erst nach Auswertung der erhobenen Daten sinnvoll.

Abg. Balansky fragte an, ob es Möglichkeiten gebe die Arbeitsgebühr zu reduzieren. Herr Prof. Dr. Gellenbeck erklärte, dass ein entsprechender Passus in der Abfallsatzung aufgenommen werden könne, durch den in Einzelfällen, bei nachgewiesenem geringem Abfallaufkommen, eine Reduzierung der Gebühr möglich sei.

Abg. Albrecht bekräftigte, dass die Fraktion den Prüfauftrag grundsätzlich unterstütze. Er fragte an, ob das vorgestellte Modell auch nach 2015 noch gelte oder durch vorhersehbare Änderungen der EU-Rahmenrichtlinie dauerhaft nicht haltbar sei. Herr Prof. Dr. Gellenbeck erläuterte, dass sich seines Erachtens der Aufwand langfristig für die Kommune lohne.

SkB Wagner bekundete, dass die Erhebung auch von Seiten der CDU-Fraktion unterstützt werde.

SkB Schön fragte nach der Höhe der Kosten der Untersuchung und woher diese Gelder kommen sollen. Die Frau Decking erklärte, dass die Untersuchung von Seiten der RSAG in Auftrag gegeben werde. Deshalb übernehme die RSAG auch die Kosten. Diese werden im RSAG Aufsichtsrat abgestimmt.

SkB Schön bat um eine Änderung der Formulierung des abzustimmenden Antrages hinsichtlich der Festlegung auf die Veranlagung der Berechnung nach Einwohnergleichwerten. Er begründete dies damit, dass es möglicherweise auch andere Vergleichswerte geben könne, die zu einer Gebührengerechtigkeit zwischen Gewerbe und Privathaushalten führe.

Abg. Nöthen fragte nach der Menge Mülls, der durch die veränderte Veranlagung der Gewerbebetriebe hinzukomme. Nach Auskunft von Herr Prof. Dr. Gellenbeck ist es beim derzeitigen Stand der Informationen nicht möglich, dazu eine seriöse Aussage zu machen.

SkB Wagner bekräftigte, dass sich seine Fraktion der Änderung der Formulierung des Prüfauftrages anschließe.

Der Vorsitzende Abg. Smielicke dankte sich abschließend bei den Vertretern der Verwaltung für die ausführliche Berichterstattung.